

Sommer 2018. Eine Bestandsaufnahme Europa zwischen Kontrolle, Abschottung und Widerstand

Wir haben uns als y!?! Team noch einmal zusammen gesetzt um uns mit einer Kommentierung in die aktuelle Debatte in Deutschland einzubringen. Die Texte stammen aus Juli 2018 und gehen auf die Situation rund um Seehofers "Masterplan", europäische Reformvorhaben und solidarische Gegenentwürfe ein. Kurz vor Druck, wurden wir von der aktuellen Situation überholt. So lässt sich diese Auseinandersetzung um den "Masterplan Migration" als Vorgeschichte zu rassistischen Hetzjagden verstehen. Uns ist es mit diesem Text aber gerade auch ein Anliegen, dem entgegen die zahlreichen solidarischen Initiativen gegen rassistische Ausgrenzung sichtbar zu machen.



Tausende demonstrierten im Juni 2017 in Madrid für die Aufnahme von Geflüchteten.



Sommer 2018. Vor knapp zweieinhalb Jahren wurde die Balkanroute offiziell geschlossen. Sie hatte für kurze Zeit tausenden Menschen einen vergleichsweise sichereren Fluchtweg nach Europa ermöglicht. Die kurzzeitige Dominanz eines linken, humanitären und neoliberalen „Refugees Welcome“ wurde 2016 in einem völkisch-nationalen und konservativen Schulterschluss zurück gedrängt. An den langen Sommer der Migration 2015 wird heute als Schreckensgespenst und Horrorszenerario des Kontrollverlusts zurück erinnert. Was für linke und migrantische Kräfte als kurzzeitig erkämpfte Liberalisierung des Westens und als kurzzeitig aufblitzendes Potenzial für eine fortschrittliche Gesellschaft in die Geschichte eingegangen ist, dient rechten Akteur_innen wie Seehofers CSU oder Gaulands AfD als Schablone für das, was nie wieder geschehen darf und mit allen Mitteln verhindert werden müsse.

Auch wenn der Fluchtkorridor durch Süd-Ost Europa geschlossen wurde, liegt das Dublin-System nach wie vor am Boden. Nicht nur EU Bürger_innen bewegen sich durch Europa, sondern auch Migrant_innen entscheiden selbst, wo sie sich aufhalten. Migration lässt sich nicht verbieten und entzieht sich immer wieder den Kontroll- und Steuerungsversuchen: Die meisten Asylanträge innerhalb der EU werden in Deutschland gestellt. Allerdings kommen durch die Aufrüstung und brutale Praxis beispielsweise im Mittelmeer weniger Menschen in der EU an. Die migrantische Selbstbestimmung und Selbstermächtigung, sich dieser Weltordnung nicht zu fügen, passt nicht nur völkisch-nationalen Akteur_innen wie AfD und CSU nicht ins Konzept, sondern mobilisiert auch neoliberale Kräfte aus Grünen, SPD, CDU und FDP zur Wiederherstellung ihrer Kontroll- und Managementpolitik.

Die Stimmen der Geflüchteten, die sich mit ihren Forderungen nach Bewegungsfreiheit, Teilhabe und Gleichberechtigung vor allem im Jahr 2015 – aber auch in den Jahren davor - im politischen Diskurs Gehör erkämpft hatten, geraten in der öffentlichen Debatte in den Hintergrund. Aber auf der faktischen Ebene findet die In-Frage-Stellung von Grenzen und Nationen weiterhin statt: Menschen überqueren Grenzen und lassen sich nicht aufhalten. Menschen entziehen sich Abschiebungen. Menschen werden Teil dieser Gesellschaft, schließen Freundschaften, gehören in die Stadtviertel und Nachbarschaften.

Die Verschiebung der Debatte nach rechts sorgt zeitgleich dafür Menschen zu entrechten und zu entwerten, und bereitet den Boden für brutalere, menschenverachtende Praxen sowohl an den Grenzen als auch im Inland.

Akteur_innen und Positionen

Innerhalb der neoliberalen und völkisch-nationalen Positionen herrscht der Konsens, dass selbstbestimmte Migration schon im Herkunftsland verhindert werden soll. Zur Verhandlung steht, wie brutal, menschenverachtend und rechtswidrig die konkrete Umsetzung dieser Kontrollfiktion ausgestaltet sein wird. Noch unklar ist, wie eine gezielte Öffnung für Arbeitsmigration aussehen wird.

UN und EU wollen dem vermeintlichen „Problem Migration“ gemeinsam gerecht werden und fordern ein Management von Migration. Sie betonen auf dem Papier den Schutz der Personen und zielen darauf ab mit Hilfe von Einwanderungsgesetzen, Regelungen und Abkommen Humankapital für die europäischen Ökonomien ins Land zu lassen. Beispielhaft für das neoliberal-humanitäre Regieren der Migration liest sich der UN Migrationspakt: Der Pakt zieht die Schlussfolgerung, dass Migration sich niemals verhindern aber stattdessen zum eigenen Vorteil managen lasse. Offene Wege nach Europa sollen unter humanitären Gesichtspunkten möglich sein. Migration soll über die Bereitstellung von Humankapital nutzbar gemacht und damit profitabel werden. Die gleichzeitige Migrationskontrolle soll durch Erhalt und Ausweiten der westlichen Einflussnahme auf Herkunftsländer gesichert werden: durch Beratungszentren in den Herkunftsländern und Transitlager, durch die vermeintliche Bekämpfung von Fluchtursachen sowie durch Investitionen von Privatunternehmen in Herkunftsländern und der damit einhergehenden Eingliederung in den globalen Kapitalismus durch die Schaffung neuer Absatzmärkte.

Rechte, nationale (Teile der) Regierungen in Deutschland, Italien, Ungarn oder Österreich setzen hingegen offen auf Internierung, Abschottung, Abschiebung und Abschreckung - egal ob dies rechtsstaatlichen Anforderungen, globalen Kapitalinteressen oder Menschenrechtskonventionen widerspricht. In Deutschland geht dieser Konflikt zwischen völkischem Nationalstaat (Seehofer) und humanitär-neoliberal dominierter EU

Transitzentren/Transferzentren

Ungarn begann 2015 mit der Errichtung von Transitzentren. Als Transitzonen gelten Bereiche, die dem eigentlichen Staatsgebiet ausgegliedert werden, so dass mit Erreichen dieser Zone das Staatsgebiet noch nicht betreten wurde. Dies ist bei sogenannten Flughafenverfahren auch in Deutschland bereits gängige Praxis. In dieser Transitzone können Menschen kein Asyl beantragen, sodass die Abschiebung ohne Prüfung stattfinden kann. Die geplanten Zentren sollen an der österreichisch-deutschen Grenze entstehen. Sie sollen geschlossene Lager sein, aus denen Menschen, die anderswo registriert sind, ohne individuelle Prüfung zurückgewiesen werden können. Diese Praxis beruht auf **Grenzkontrollen** und **bilateralen Abkommen**.

AnKER Zentren

AnKER steht für Ankunft, Entscheidung und Rückführung. Nach dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sollen Menschen ihr komplettes Asylverfahren in einem AnKER Zentrum verbringen und erst auf die Kommunen verteilt werden, sollte eine „positive Bleiberechtperspektive“ bestehen. In Lagern findet durch die Isolierung eine systematische Entrechtung statt. Menschen werden meist fern von städtischer Infrastruktur von der Öffentlichkeit abgeschottet, zusammengepfercht und in vielen Fällen direkt von dort aus abgeschoben. Es gibt häufige Berichte über Gewalt gegenüber den Bewohner_innen ausgehend von Seiten der Securities. Die Zentren führen zur Isolierung, Retraumatisierung und bergen ein hohes Konfliktpotenzial unter den dort auf zu engem Raum und in Unsicherheit lebenden Menschen.



Netzwerk Break Isolation
breakisolation.blogspot.de

und UN (Merkel) mitten durch die Bundesregierung. (Teile der) nationale(n) Regierungen von Ungarn, Italien, Großbritannien oder Deutschland blockieren mit ihren „Alleingängen“ ein gemeinsames Agieren und damit ein neoliberales, humanitäres Management von Migration.

Die nationalen Regierungen verfolgen jedoch keine einheitliche Linie, sondern blockieren sich gegenseitig. Beispielsweise hat Italien kein Interesse an einem funktionierendem Dublin-System und Österreich keines an einem Rücknahmeabkommen mit Deutschland. Die österreichische Regierung reagiert auf die Rückführpläne Seehofers stattdessen mit der Ankündigung verstärkte Grenzkontrollen an den Grenzen zu Italien und Slowenien durchzuführen. Ein erneuter Dominoeffekt der Kontrollen der EU Binnengrenzen zeichnet sich damit ab, was wiederum nicht im Sinne der Wirtschaftsinteressen wäre.

Die Idee der Internierung weit vor Europa bleibt die Traumlösung der rechten Regierungen Orbans, Kickls, Salvinis und Seehofers. Auch die neoliberalen Fraktionen rund um Merkel und Macron könnten der weiteren Internierung weit vor den EU-Außengrenzen zustimmen, wenn humanitäre Minimalstandards eingehalten werden und zeitgleich begrenzte legale Wege für humanitäres Asyl und Fachkräfte aus den Lagern geschaffen werden. Wie weit humanitäre Minimalstandards abgesenkt werden, steht gerade zur Debatte.

Sie alle machen die Rechnung allerdings ohne die Autonomie der Migration: Die Menschen werden nicht in den Lagern darauf warten, dass die neoliberalen Verwalter sie durch zig Anträge aus den Lagern heraus holen, sondern werden immer wieder andere Wege aus der Internierung heraus und ins Herz der EU finden. Die bestimmende Frage bleibt wohl eher, zu welchem Grad die EU, Frontex, UNHCR und IOM Verbrechen an der Menschlichkeit und Zusammenarbeit mit Diktatoren und Folterknechten weiter in Kauf nehmen werden, um Menschen an ihrer Selbstbestimmung zu hindern und zu internieren.

Haft

Seehofers „Masterplan“ hält die Länder an ausreichend Haftplätze zu schaffen, um Menschen die zukünftig abgeschoben werden sollen bereits vorher in Haft zu nehmen. Der Bund kümmert sich um sogenannte "Gewahrsamseinrichtungen" an den Flughäfen, die Sammelabschiebungen erleichtern sollen. Abschiebehaft beruht nicht auf einer begangenen Straftat, sondern Menschen werden lediglich interniert, um die Arbeit der Abschiebebehörden zu erleichtern. Diese Praxis ist politisch höchst umkämpft und rechtlich strittig.

Die im Sommer 2018 diskutierten und teilweise verabschiedeten Polizeigesetze beinhalten die Möglichkeit, "terroristische Gefährder_innen" für mehrere Monate ohne richterliche Anordnung in Präventivhaft zu nehmen. Willkür der polizeilichen Maßnahmen ist damit vorprogrammiert: Die Bundespolizei in Hannover peinigte im Mai 2015 zwei in Gewahrsam genommene Geflüchtete; Oury Jalloh wurde 2005 in Polizeigewahrsam ermordet. Anstatt eine Polizei, die Geflüchtete foltert und ermordet, stärker zu kontrollieren, werden ihre Befugnisse ausgebaut.

Bilaterale Abkommen

Ein Baustein, von Angela Merkel zur Wiederherstellung des Dublins Systems in die Debatte gebracht, beruht darauf, bilaterale Abkommen mit einzelnen EU Staaten abzuschließen. Ziel dieser Abkommen ist es, die Dublin-Abschiebungen durch Zusatzvereinbarungen schneller und effizienter zu machen. Die Vereinbarungen darüber gelten als Gegenmodell zum "nationalen Alleingang", haben aber in der Praxis den gleichen Effekt.

Merkel hat mit Spanien und Griechenland bereits Abkommen geschlossen, nach denen diese Staaten Menschen zurücknehmen, deren Fingerabdrücke in der Datenbank Eurodac verzeichnet sind. In dem Abkommen mit Griechenland ist eine monatliche Obergrenze für die Aufnahme von Menschen aus Griechenland im Zuge der Familienzusammenführung geregelt. Weitere Einigungen beispielsweise mit den rechten Regierungen von Österreich, Italien und Ungarn, die ihrerseits daran arbeiten ihre Flüchtlingszahlen zu verringern, konnten bislang nicht erzielt werden.

وطن Eine Heimat

لولاك ..	Ohne deine Anwesenheit..
لاحترق اسمي..	Mein Name würde verbrennen..
بنار الوقت..	mit dem Feuer der Zeit ..
جفت غابة الروح	Der Wald der Seele würde austrocknen..
وصارت جنة النفس جحيماً.	Und das Paradies des Selbst wurde zur Hölle.
لولاك ..	Ohne deine Anwesenheit..
كنت سأقول للعدم:	Ich würde zum Nichts sagen:
أعدني إليك..	Bring mich zu dir zurück,
لأكمل نومي.	um meinen Schlaf zu vervollständigen.
لكنني في اسمك الحي ،	Aber ich, in deinem endlosen Namen,
لا أموت .. لا أموت	sterbe ich nicht .. sterbe nicht
أسكن الأبد..	wohne in der Ewigkeit..
متكئاً على كتف الخلود.	auf der Schulter der Unsterblichkeit lehne ich

حياة Ein Leben

فكرة ما ..	Eine Idee ..
كإشارات المرور مثلاً	Wie Verkehrszeichen .. Zum Beispiel,
تنظم سير القذائف ..	die die Bewegung von Raketen regelt
لنضمن . كحد أدنى .	um zumindest die Überquerung sicherzustellen,
عبور الأطفال إلى الحياة	der Kindern zum Leben
ونمنع الأغبياء من ارتكاب الحوادث	So verhindern wir, dass Idioten Unfälle begehen

أمل Eine Hoffnung

أؤمن بالمعجزات	Ich glaube an Wunder,
أؤمن بسقوط الكلام الصلب	ich glaube an den Fall der harten Rede,
مكسوراً من أفواه..	gebrochen aus dem Mund..
الطغاة والحاquدين.	von Tyrannen und Hassern.
حين تنتهي الحرب..	Wenn der Krieg endet..
سأشبع لذتي وشهوتي ..	werde Ich meine Freude und Lust befriedigen,
كمنتصر	wie ein Sieger,
هزم العالم بأصبعين.	der die Welt mit zwei Fingern besiegt hat.
الحقيقة كالأعياد ..	Die Wahrheit, wie Ferien,
تأتي مرة كل غياب..	kommt einmal in jeder Abwesenheit.
وكفرح الأطفال .. سأحتفل.	Und wie Kinder jubeln .. werde ich feiern.

حزن Eine Traurigkeit

أعمق نقطة في محيط ...	Der tiefste Punkt im Ozean...
إنها هناك ...	Der ist dort...
في قلب طفلٍ لاجئٍ	Im Herzen eines Flüchtlingskindes,
تغمره مياه الحزن ...	das vom Wasser der Trauer überschwemmt ...
تطفئ عليه الأسئلة حيارى ...	das von rätselhaften Fragen überwältigt...
وارتباك الأجوبة ...	und die Verwirrung der Antworten...
كلما قرأ في بطاقة والديه	Wann immer es im Ausweis seiner Eltern liest
(الجنسية) . بلا وطن	(Staatsangehörigkeit): Staatenlos .

تعب Eine Müdigkeit

في الحكايات التي تقصها الحرب	In den Geschichten, die der Krieg erzählt
لا أبحث عن النهاية..	suche Ich nicht nach dem Ende ..
أبحث عن إشارات التعجب	Ich suche nach Ausrufezeichen
لأستند عليها قليلاً	Um mich ein wenig darauf zu stützen
كاستراحة قصيرة من وعورة الأحداث	Als kurze Pause von der Rauheit der Ereignisse

Diskursverschiebung nach rechts

Die stete Debatte zwischen völkisch-nationalen Ideen, humanitären Standards, wirtschaftlichen Interessen und gezielter, vereinzelter Öffnung für besondere humanitäre Notfälle und ökonomisch gebrauchte Fachkräfte ist nicht neu. Sie ist die konstante Aushandlung um eine Re- und Neubildung einer Kontrollfiktion, die von den weltweiten Migrationsbewegungen herausgefordert wird und 2015 in ihren Grundfesten zusammengebrochen ist. Im Sommer 2015 wurde offensichtlich, dass die absolute Kontrolle an den Grenzen nur noch mit Gewalt aufrecht zu erhalten gewesen wäre. Damals entschied man sich gegen die offene Gewalt und für die (kurzzeitige) Öffnung der Grenzen.

Heute sind die Karten neu gemischt und die europaweiten und globalen Kräfteverhältnisse andere: In Italien, Ungarn, Frankreich, Österreich und Deutschland sind nationale und offen neofaschistische Parteien gewachsen und in kommunalen und nationalen Parlamenten bis hinein ins EU-Parlament vertreten. Im Mittelmeer läuft ein Militäreinsatz gegen Schlepper, in dessen Zusammenhang die libysche Küstenwache ausgebildet wird. Die Grenzschutzagentur Frontex wurde in ihrer Eigenständigkeit gestärkt, während sie in den Jahren zuvor humanitären Einschränkungen unterworfen wurde. Erste Hot-Spot- Systeme zur Internierung und Entrechtung von Menschen existieren bereits. Rechtsstaatliche Prinzipien und allgemeine Menschenrechte werden für den Ausnahmezustand der sogenannten Migrationskrise permanent außer Kraft gesetzt und eingeschränkt. In Deutschland wird immer wieder die offene Zusammenarbeit zwischen Neonazis und Verfassungsschutz deutlich.

Die Polizei und andere Sicherheitsbehörden zeichnen ein rassistisches Bild von kriminellen, gewalttätigen Ausländern. In rassistischer Tradition wird Migration in der öffentlichen Aushandlung in den Kontext von Terror, Kriminalität und Sexismus gerückt. Dadurch werden Menschen entrechtet und entwertet. Verstöße gegen Menschenrechte und die tausenden Toten durch die europäische Migrationspolitik werden so

Einwanderungsgesetz

Der Koalitionsvertrag aus CDU, CSU und SPD sieht einen Entwurf für ein Einwanderungsgesetz bis Ende des Jahres 2018 vor. Arbeitgeberverbände wie z.B. der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Verband der Familienunternehmen und der Arbeitgeberverband Pflege fordern schnelle und unbürokratische Einwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte. Immer wieder fordern Unternehmen ein Bleiberecht für ihre von Abschiebung bedrohten Arbeitskräfte.

Die Debatte um ein Einwanderungsgesetz in Deutschland hat eine lange Tradition: Gastarbeiter_innen, Anwerbestopp, Vorrangregeln, Erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete... 2009 wurde die Blue Card der EU eingeführt, die 2012 in deutsches Recht übernommen wurde und Hochqualifizierten den Zugang erleichtern soll. Für weitere Arbeitskräfte ist der Zuzug nach Deutschland zum Zweck der Arbeit nach wie vor nicht möglich.

Die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz folgt weniger humanitären als vielmehr ökonomischen Gesichtspunkten. Der Hauptfokus liegt nicht auf den Bedürfnissen und Interessen der Individuen, sondern auf der Bemessung des Nutzens und Wertes von Menschen für die deutsche Wirtschaft.

In langer deutscher Tradition werden in der Debatte um Anwerbung ausländischer Fachkräfte die Sicherung von Arbeiternehmer_innenrechten, das deutsche Sozialversicherungsmodell und die Verbesserung von Arbeitsbedingungen gegen Migration ausgespielt und Solidaritäten erschwert.

Grenzkontrollen

Deutschland meldete im Mai 2018 bei der EU-Kommission erneut eine Verlängerung der Grenzkontrollen für weitere 6 Monate an. Mobile Grenzkontrollen und Fahndungen finden bis 30 Kilometer hinter der deutsch-österreichischen Grenze statt und werden weiter ausgeweitet.

Die EU-Kommission warnt vor Kontrollen innerhalb der EU und argumentiert u.a. mit dem wichtigen EU-Binnenmarkt. Trotzdem ermöglichte sie den Mitgliedsstaaten eine wiederholte Verlängerung der Kontrollen.

Neben Deutschland und Österreich führen 2018 auch die Schengen-Staaten Frankreich, Dänemark, Schweden und Norwegen Grenzkontrollen mittels Racial Profiling durch.

Deutschland und Österreich führten bei politischen Großveranstaltungen wie G20 oder bei EU-Innenministerkonferenzen intensivierte Kontrollen durch. Für Sicherheitsbehörden stellt das eine innen- sowie außenpolitische Win-win-Situation dar, da dadurch sowohl politische Gegner_innen als auch Migrant_innen verfolgt werden können.

relativiert und gerechtfertigt. So wird eine Gefahr herauf beschwört, der man nur mit dem Abbau von Menschenrechten begegnen könne. Unter diesen Vorzeichen konnten im Inland Gesetze und Praktiken durchgesetzt werden, die Abschiebungen nicht-deutscher Staatsbürger_innen erleichtern und den präventiven Handlungsspielraum der Polizei nicht zuletzt mit den neuen Polizeigesetzen erweitern sollen.

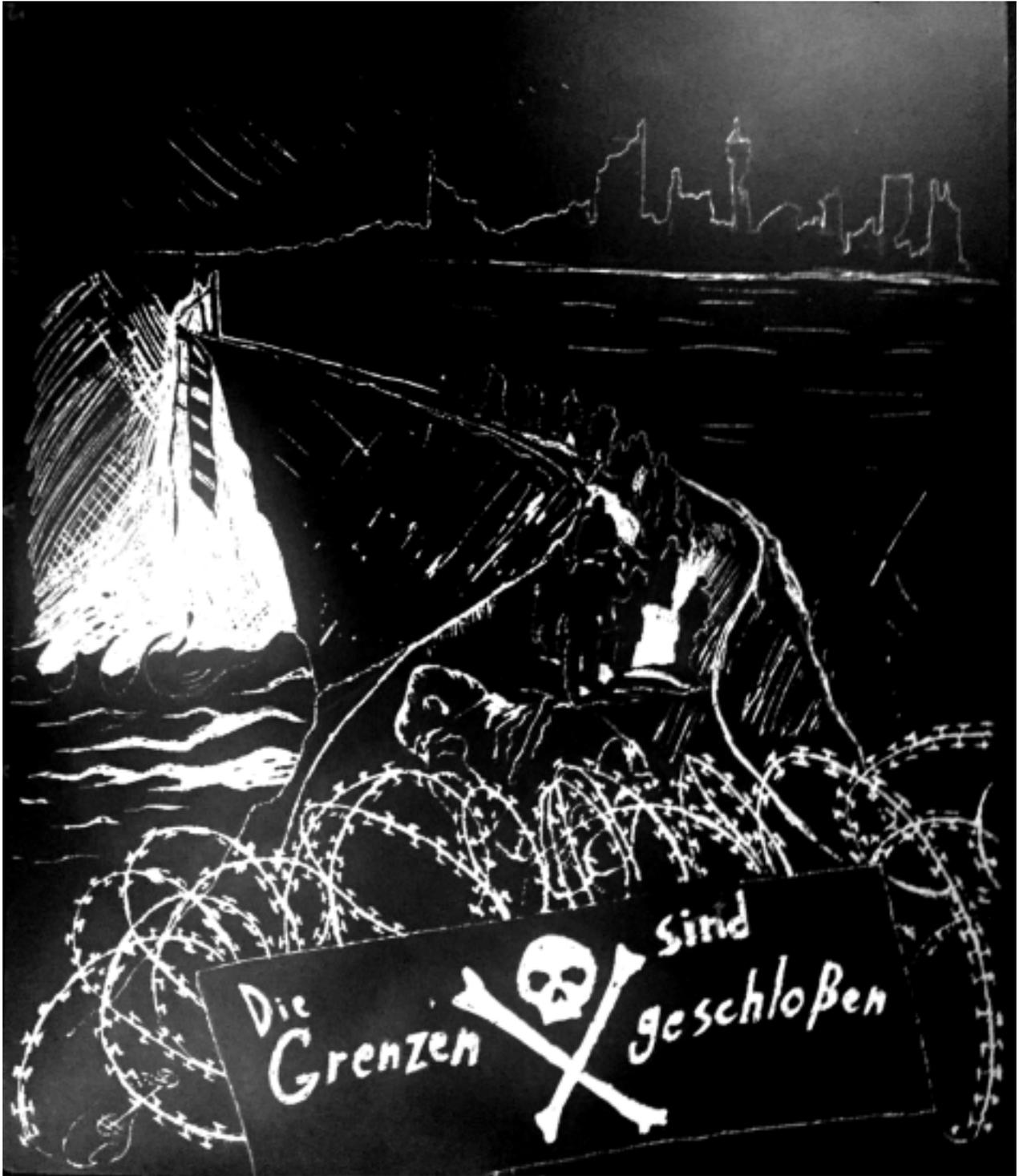
Seehofers mediales Gepolter hat dabei vor allem eins bewirkt: Die weitere Verschiebung des Diskurses nach rechts und die Normalisierung einer entmenschlichenden, entrechtenden Redeweise über Migrant_innen. Der mediale Diskurs trägt dazu bei Migrant_innen als Objekte zu behandeln, über die geredet wird, die jedoch nur selten als Menschen selbst zu Wort kommen. In dieser Stimmung lassen sich Internierungen und verschiedene Menschenrechtsverletzungen leichter durch- und umsetzen, z.B. durch härtere Gesetze, aber auch durch Erhöhung des praktischen Handlungsspielraums, in dem sich Grenzschützer_innen ermutigt fühlen ihr Gewaltrepertoire auszuschöpfen und anzuwenden.

Diese durch rechte Politiker_innen forcierten Stimmung ermutigt Neonazis und Rassisten ihre Hetze in die Tat umzusetzen, wie zuletzt in Chemnitz im August 2018. Geschützt werden sie dabei von rechten Funktionär_innen wie dem damalige Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen und Innenminister Seehofer. Medial werden rassistische Taten durch den Begriff der Selbstjustiz relativiert. Der öffentliche Fokus übernimmt allzu oft die rechten Problematisierungen der Neonazis.

Der rechten Hetze stellen sich aber auch immer wieder Menschen entgegen. Auch gegen sie zielen die neuen Polizeigesetze, durch die Rechte von politischen Aktivist_innen und Demonstrierenden eingeschränkt und die Handlungsmacht der Polizei ausgeweitet werden. Die Gesetzesreformen sind damit ein weiterer Baustein zur Stärkung der politischen Rechten in Deutschland.



Protest auf Fest "Buntes Göttingen" im August 2018.
Links Unten Göttingen



Watheq Khazaal

Weißes und schwarzes Holzbrett
Bleistift, Eisennadel
Originalmaße 32x26cm
2018

Abschiebungen & Blockaden

Die Zahl vollzogener Abschiebungen und "freiwilliger" Ausreisen ging im Jahr 2017 zurück. Bislang liegt die Zahl der durchgeführten Abschiebungen im Jahr 2018 etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Um härter durchzugreifen und mehr Abschiebehindernisse aus dem Weg zu räumen, werden gehörig Mittel und Geldern ver(sch)wendet. **AnKER- und Transitzentren/ Transferzentren, Haft, bilaterale Rücknahmeabkommen, "sichere Herkunftsstaaten"**: All diese Maßnahme sollen helfen, Abschiebungen zu erleichtern. Neben Linienflügen chartert die Bundespolizei mehrfach im Jahr ganze Flugzeuge, um einzelne Personen abzuschicken – wie etwa im März 2016, als eine Maschine drei Menschen für 165.500 Euro nach Guinea brachte.

Die Unverhältnismäßigkeit und Absurdität springt ins Auge – während Millionen Euro jährlich für Abschiebungen ver(sch)wendet werden, wird an vielem Anderen gespart. Wie sähe unsere Gesellschaft aus, würde all dieses Geld genutzt, um menschenwürdigen Wohnraum zu schaffen und gesellschaftliche Teilhabe für Alle, die hier leben, zu ermöglichen? Es ist absurd, wie viele Gelder und Mittel von Staat und Polizei darauf verwendet werden, Menschen, die Teil dieser Gesellschaft sind, zu entrechten, auszugrenzen und abzuschicken.

Abschiebungen sind politisch umkämpftes Terrain: Etwa die Hälfte aller Abschiebungen wurden im Jahr 2017 durch vielfältige Formen von Widerstand zumindest vorerst verhindert. Dies setzt sich auch im Jahr 2018 fort.

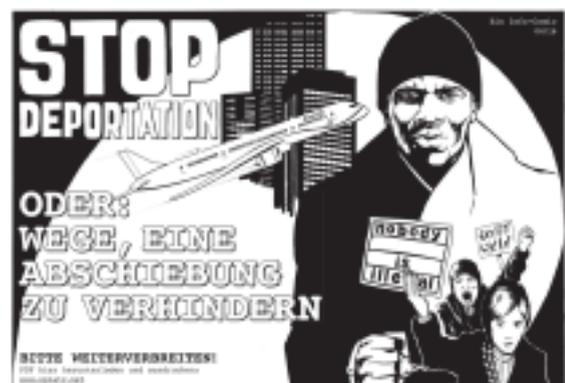
Immer mehr Menschen organisieren und wehren sich. In Nürnberg stellen sich im Mai 2017 Schüler_innen den Polizist_innen in den Weg, als ihr Mitschüler nach Afghanistan abgeschoben werden soll. Nur wenig später verhindern 150 Geflüchtete in Osnabrück die Abschiebung eines Mitbewohners aus dem Sudan. Im Mai 2018 wehren sich 150 Refugees in Ellwangen gegen eine Abschiebung. In über 300 Fällen haben sich im Jahr 2017 Pilot_innen geweigert an Abschiebungen mitzuwirken. Allein jeder zweiten Person gelingt es, vor der eigenen Abschiebung unterzutauchen. In vielen Fällen überqueren Personen erneut Grenzen und kehren an den Ort ihrer Wahl zurück, auch nachdem sie abgeschoben wurden. In vielen Städten gründen sich **Alarmlisten, Solidarity Citys** und **Bürger*innen Asyle**.

Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS)

Das GEAS soll EU-weit einheitliche Standards beinhalten, sowie Aufnahmebedingungen und Asylleistungen angleichen. Standards für sichere Drittstaaten sollen zusammenschrumpfen. Migrant_innen sollen an der Grenze aufgehalten und in große Internierungslager (Hot Spots) gesperrt werden. Personen, die nicht direkt aus den großen Internierungslagern wieder in "sichere Drittstaaten" abgeschoben werden können, sollen die "Wahl" bekommen, in welchem von vier EU-Staaten, sie einen Antrag auf Asyl stellen. Zur Auswahl stehen die Staaten, welche in Relation bis Dato am wenigsten Menschen aufgenommen haben.

Die Reform des GEAS befindet sich im Sommer 2018 noch in der Ausarbeitungsphase und ist umkämpft. Sie stellt den Versuch eines gemeinsamen europäischen Managements von Migration dar, entgegen nationaler Bestrebungen und Alleingänge. In Deutschland ist das Angela Merkels Projekt und Antwort auf die nationalen Vorstöße des Innenministers.

Es wird ein System entwickelt, das Menschen gleich Waren auf dem Globus hin und her (ab)schiebt. Mit der Reform wird das individuelle Grundrecht auf Asyl auch auf EU-Ebene durch das Verlängern der Liste der sogenannten sicheren Drittstaaten quasi abgeschafft. Asyl und Schutz werden damit weiter aus Europa ausgelagert. In der Realität wird die Reform auf große Lager außerhalb der EU, sowie einige wenige Hot-Spots auf EU-Boden, hinauslaufen.



Wir sind mehr!

Menschen kommen immer noch in der EU und in Deutschland an und führen Kämpfe um das Recht zu bleiben. Netzwerke bilden sich und Menschen denken darüber nach, wie eine solidarische Gesellschaft von unten aufgebaut, Abschiebungen effektiver verhindert, Teilhabe an sozialen Rechten und ein Bleiberecht für Alle erstritten werden kann. Viele Menschen sind geblieben und sind Teil unserer Gesellschaft geworden. Die völkisch-nationale Idee des Nationalstaats ist in der Praxis bereits seit Jahrzehnten unterlaufen.

Auf der praktischen Ebene funktioniert das Dublin-System nach wie vor nicht: Weil Länder im Süden der EU Registrierung und alleinige Verantwortung verweigern; weil es immer wieder individuelle Schutzgründe gibt, die gegen eine Abschiebung sprechen; weil Menschen sich ihrer Registrierung zu entziehen wissen; weil der bürokratische Apparat rund um eine Abschiebung Zeit und Ressourcen braucht.

Die Gesetzesverschärfungen auf allen Ebenen im Bereich Asyl und Migration bezeugen letztendlich, dass Migration eine Art sozialer Bewegung ist, die politische Akteur_innen in Panik versetzt. Menschen bewegen sich über Grenzen hinweg und stellen damit die globale soziale Frage.

In zahlreichen Städten werden Abschiebungen blockiert und verhindert. Durch die Medien gingen die selbstorganisierte Abschiebeverhinderung von Refugees in Ellwangen, aber auch der couragierte Einsatz von Schüler_innen in Nürnberg für einen ihrer Mitschüler. Viele Organisationen stellen berufsspezifische Informationen bereit, wie im Falle einer drohenden Abschiebung noch interveniert werden kann - beispielsweise die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) für Lehrkräfte oder Flüchtlingsräte für Sozialarbeiter_innen. Zuletzt machte im Juli 2017 eine junge Frau deutlich, wie man in einem Flugzeug als Passagier_innen oder als Flugzeugkapitän_in eine Abschiebung verhindert. Auch auf juristischer Ebene kämpfen Menschen für ihre Rechte. Die Hälfte der Klagen verläuft erfolgreich. Die Bundesarbeitsgemeinschaft ‚Asyl in der Kirche‘ berichtet für das Jahr 2017 von knapp 2000 Menschen im Kirchenasyl, von denen 725 beendet wurden und bei 716 Fällen zu einem Verbleib in Deutschland geführt haben. Die bundesweite Kampagne Bürgerasyl ruft dazu auf Menschen bei sich zu Hause zu verstecken und damit eine Abschiebung zu verhindern.

Fluchtursachen bekämpfen

Migration stellt die globale soziale Frage: Die globalen Ausbeutungsverhältnisse zerstören die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen z.B. durch Ausbeutung von Land und Ressourcen, durch Zerstörung lokaler Märkte. Migrant_innen aus Ländern, in denen Europa Kriege führt, Diktatoren unterstützt und Rohstoffe ausbeutet, machen sich auf den Weg nach Europa. Migration stellt die postkoloniale und postimperiale Weltaufteilung in Frage, indem die Peripherie ins Zentrum rückt und sich holt was ihnen verwehrt wird. Eine postkoloniale Lesart von "Fluchtursachen bekämpfen" bedeutet, globale Hierarchien und Ausbeutung zu beenden und das allgemeine Recht auf Bewegungsfreiheit einzufordern. Die Forderung „Fluchtursachen bekämpfen“ wird allerdings häufig als Gegenforderung zu offenen Grenzen und zum weiteren Absichern der globalen Hierarchie instrumentalisiert:

Seehofers „Masterplan“ propagiert Entwicklungshilfe an deutsche Interessen zu knüpfen, um Migration zu bekämpfen. Der Innenminister versucht Entwicklungshilfe noch stärker mit **Abschiebungen** und Rücknahmeabkommen zu verzahnen. Schon heute werden von der EU und deren Mitgliedsstaaten Gelder bereit gestellt, beispielsweise mit dem Emergency Trust Fund oder mit dem EU Horn of Africa Stability Fund, um Menschen in Libyen oder Somalia zu internieren. Seehofers „Masterplan“ fordert die Errichtung von Beratungszentren in Herkunftsländern, die bei Abschiebungen unterstützen sollen, den Einfluss vor Ort sicherstellen und durch Beratung über legale und illegale Migration an der Fiktion der Migrationskontrolle durch Selektion schon im Herkunftsland mitwirken.

Die Initiative We'll come united mobilisierte 2017 über 10 000 Menschen zu einer antirassistischen Parade in Berlin und plant für den 29. September 2018 eine zweite Parade in Hamburg. Sie erinnert an den vor drei Jahren stattgefundenen und inzwischen in die Geschichtsbücher eingegangenen March Of Hope von Budapest nach Österreich und Deutschland.

Immer wieder gelingt es, Widerstände gegen die europäische Migrationspolitik zusammenzubringen und in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen: Die Geflüchteten Selbstorganisation "Familienleben für Alle" setzt sich seit Januar 2018 für das Recht auf Familiennachzug ein. Sie kämpfen dafür, dass jeder Mensch das Recht hat, selbst zu bestimmen, wie und mit wem er sein Familienleben formt. Der Initiative Seebrücke gelingt es zehntausende Menschen gegen das Morden im Mittelmeer zu mobilisieren. In über 25 Städten deutschlandweit finden und fanden Kundgebungen und Aktionen statt. Künstler_innen starteten unter dem Hashtag #SpendeMenschlichkeit eine Fotokampagne von sich in Rettungswesten. Prominente rufen zu Spendenkampagnen für die Seenotretter auf. In München gingen über 50 000 Menschen unter dem Motto #ausgehetzt gegen die Politik der CSU auf die Straße. Der Aufruf "Solidarität statt Heimat!" von kritnet, medico und dem ISM hat über 15 000 Unterzeichner_innen aus dem akademischen, kulturellen und NGO Spektrum gefunden. Unter dem Motto #Wirindmehr setzen bis zu 70 000 Menschen auf einem Konzert in Chemnitz ein deutliches Zeichen gegen Rassismus.

Nach einer Studie des Bundesministeriums für Senioren, Frauen und Jugend haben rund 55 Prozent der Bevölkerung ab 16 Jahren seit 2015 Hilfe für Geflüchtete geleistet. 19% der Bevölkerung leistet derzeit aktive Hilfe, wobei über die Hälfte angibt, dass staatliche Stellen ihre Arbeit blockieren.

Es gibt noch immer Solidarität und Widerstand, der jedoch vielfach kriminalisiert wird oder gänzlich in die Unsichtbarkeit gedrängt ist. Lasst uns nicht schweigen, sondern gemeinsam Solidarität weiter ausbauen und wieder sichtbar machen! Die impliziten Forderungen der Migrationsbewegungen nach Teilhabe, Bewegungsfreiheit und die Überwindung globaler Hierarchien bergen eine Perspektive auf gesellschaftliche Befreiung von überholten Konzepten des Nationalstaates, des globalen Kapitalismus und Rassismus.

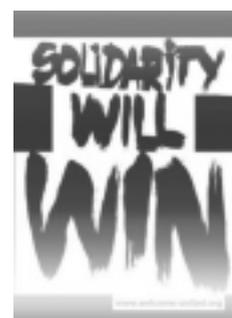
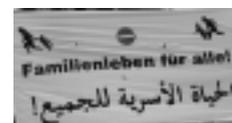
Alarmlisten gegen Abschiebungen

Im Laufe der letzten Jahre haben sich unterschiedlichste Alarmtelefone etabliert und als äußerst effektives Mittel im Kampf gegen ein Europa erwiesen, das Menschen abschiebt und an dessen Grenzen tausende ihr Leben lassen.

So wie beispielsweise das transnationale Projekt WatchTheMed-Alarmphone, das 2014 von Aktivist_innen ins Leben gerufen wurde und welches seitdem von Personen in Not auf See angerufen werden kann und daraufhin Schiffe kontaktiert, die dann die Rettung durchführen.

In mehreren Städten unter anderem in Witzenhausen, Osnabrück und Göttingen haben sich Alarmlisten bei Abschiebungen etabliert. Wenn Personen die eigene bevorstehende Abschiebung oder die von Freund_innen und Mitbewohner_innen bemerken, rufen sie eine Nummer an und eine Liste wird ausgelöst, über die andere von der Abschiebung erfahren und zur Hilfe eilen können. Das Konzept hat sich bewährt, Abschiebungen verhindert, verzögert und auf sie aufmerksam gemacht.

mehr Infos unter: nodeportation.antira.info/abschiebungen-verhindern | seebruecke.org solidaritaet-statt-heimat.kritnet.org | familienlebenfueralle.net buergerasyl.blogspot.de | solidarity-city.eu | alarmphone.org | welcome-united.org abschiebungenstoppen.noblogs.org | nolageros.blogspot.eu



Seenotrettung

Das Internationale Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See von 1974 verpflichtet zur Rettung in Seenot Geratener. Jede Person ist dazu verpflichtet, Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu retten. Auch Staaten haben nach der Search and Rescue Konvention von 1979 Hilfe und medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Im Sommer 2018 findet eine politische Offensive gegen Seenotrettung statt. Die rechte italienische Regierung, allen voran Innenminister Matteo Salvini, untersagt seit Juni 2018 zivilen Schiffen italienische Häfen anzulaufen. Auch Militärischen Operationen, wie der Mission EUNAVFOR MED Operation SOPHIA, und dem Frontex Einsatz Triton, droht die italienische Regierung mit Anlegeverboten, falls nicht auch andere EU-Länder mit Häfen am Mittelmeer Migrant_innen aufnehmen. Malta verhinderte Rettungsmissionen und untersagte im Juli 2018 einigen Rettungsschiffen, sowie einem zivilen Aufklärungsflugzeug von Sea-Watch, das Festland zu verlassen. Der Kapitän der Lifeline wurde in Valetta aufgrund einer angeblich fehlerhaften Registrierung des Schiffes angeklagt. Im Juli 2018 ist kein Schiff privater Seenotrettung mehr zur Seenotrettung zwischen Libyen und Italien im Einsatz. Die Zahlen der Toten im Mittelmeer steigen wieder. Allein im Juni 2018 starben 629 Menschen. Doch die Aktivist_innen der Hilfsorganisationen bleiben vor Ort, unterstützen von Land aus und warten darauf, wieder ablegen zu können. Deutschlandwet mobilisieren Menschen zu Gegendemos unter dem Motto „Seebrücke statt Seehofer“ und fordern, das Sterben im Mittelmeer zu beenden. Prominente rufen zu Spendenkampagnen und Unterstützung der angeklagten Seenotretter_innen auf. In vielen Kommunen werden von Grünen, Linken oder Piraten Anträge zur gezielten Aufnahme von aus dem Mittelmeer geretteten Personen eingebracht, die je nach Kommune von CDU, AfD, CSU, SPD und Grünen blockiert werden.



Iman Shabaan
Lampedusa Mondschein

Acryl auf Leinwand
Originalmaße: 100 x 70 cm
2016

Mein Name ist Wesam, ich wurde Ende 2014 auf dem Mittelmeer nach einer schrecklichen Fahrt zusammen mit 276 Menschen von einem Holzboot gerettet.

Weil die Fahrt mich kaputt gemacht hat und ich mich schuldig fühle, gegenüber den Menschen, die die Fahrt nicht geschafft haben, habe mich entschieden nicht aufzugeben und der Situation zu zu gucken, sondern anderen Menschen zu helfen. *

Ich bin weder besonders abenteuerlustig, noch begeben mich ich gern auf die offene See, aber ich denke, dass es unsere Pflicht ist, Menschen nicht ertrinken zu lassen und zu helfen, wo es nur geht.

Eigentlich wäre es das die Aufgabe der Europäischen Staatengemeinschaft. 2015 rettete die EU selbst noch Menschen in Seenot, heute verhindert sie dagegen selbst aktiv die private Seenotrettung. Initiativen, ihre Organisationen und Crews wie Sea-Watch, Luventa oder Mission Lifeline werden am Auslaufen gehindert oder ihre Schiffe werden beschlagnahmt. Durch diese massive Unterdrückung von Mitmenschlichkeit und Engagement und durch den Zynismus in den Diskursen um Werte, während gleichzeitig Tausende Menschen ertrinken, haben wir uns am Anfang allein gefühlt. Seit die Aktion Seebrücke deutschlandweit läuft, wissen wir, dass wir nicht allein sind und dass wir gemeinsam in der EU was verändern können.

Damit das gelingen kann, müssen Bündnisse wachsen und stärker werden. Es ist gut, dass die Kirchen dazu aufgerufen haben, das Sterben auf dem Meer zu beenden. Wir brauchen aber vor allem auch Druck auf die Europäische Union. Es liegt in der Verantwortung der EU Fluchtursachen zu bekämpfen, statt dessen scheint sie ihre selbst auferlegten Werte mit Füßen tretend Menschen auf der Flucht zu bekämpfen. Damit sich für die vielen Festsitzenden endlich etwas tut und alles dafür getan wird, Menschen in Seenot zu retten, müssen Menschen aktiv werden und ihre Politiker*innen daran erinnern, in was für einer EU sie leben möchten.

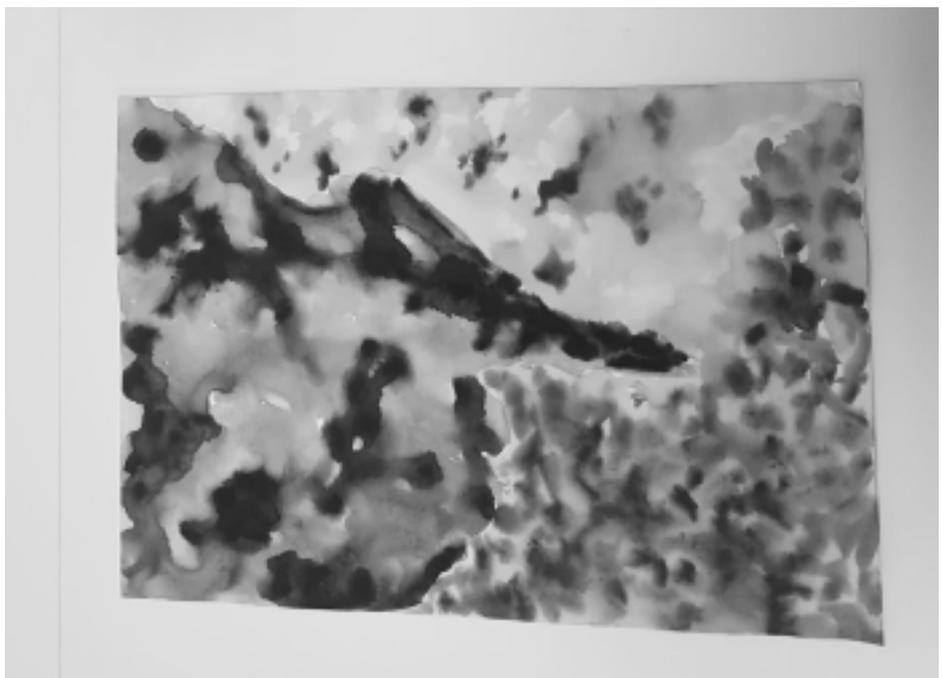
Mit den Ausstellungen möchten wir auch gegen das Gefühl der Ohnmacht ankämpfen, dass sich angesichts der Teilnahmslosigkeit der europäischen Staaten in Teilen der Flüchtlingsbewegung eingestellt hat. Die Öffentlichkeit muss über die Situation der Geflüchteten informiert werden. Man hat versucht uns und die gesamte Seenotrettung zu kriminalisieren. Man hat behauptet, wir würden mit Schleusern zusammenarbeiten, dabei retten wir Menschen vor dem Tod. Das alles macht mich traurig. Es macht mich traurig zu wissen, was in Libyen geschieht, denn ich bin selbst dort gewesen. Dort gibt es keine Regierung und keine Gesetze, die Menschen sind völliger Willkür ausgeliefert. Viele werden versklavt und für ein paar 100 Dollar verkauft. Es macht traurig, aber auch wütend, das alles zu wissen und zu hören, wie Regierungen behaupten, sie verhandeln mit einer libyschen Regierung und es ginge noch irgendwo um den Schutz von Menschenrechten. Die Wut gibt mir Kraft, mich weiter dafür einzusetzen, dass sich die Verhältnisse verändern, dass wir friedlich und zum Wohl aller zusammenleben und Menschen, die Schutz benötigen, diesen auch bekommen. Darum: „Yallah“ - jetzt alle zusammen.

Wesam Alfarawti

Netzwerk konkrete Solidarität
Sea-Watch

Mayada Alkayal Ein Fluss

Wasserfarbe auf Papier
Originalmaße 30x20cm
2018



Stell dir vor es gäbe eine Welt ohne Grenzen...

Wir brauchen einen radikalen Perspektivwechsel. Es ist notwendig einen ganz anderen Blick auf Migration einzunehmen. Einen Blick, der Migration nicht als drohende Gefahr heraufbeschwört und kriminalisiert.

Welcheln wir die Perspektive: Blicken wir nicht mehr auf Migration, sondern von der Migration aus. Nehmen wir den Blickwinkel derer ein, die durch die aktuelle Politik und Weltordnung ausgegrenzt werden. Durch diesen Wechsel der Perspektive stehen ganz andere Ansätze und Forderungen im Fokus.

Es darf keine Lager mehr geben. Alle müssen dieselben sozialen und politischen Rechte genießen und an der Gestaltung der Gesellschaft teilhaben dürfen. Es darf keine Abschiebungen mehr geben. Und zuletzt: alle müssen sich frei über den Globus bewegen können und frei entscheiden, wohin sie gehen möchten, welche Orte sie wieder verlassen wollen und vor allem: wo sie bleiben wollen!

Die Antwort auf die restriktiven und repressiven Entwicklungen in den letzten Jahren darf nicht nur die Forderung nach einer weniger restriktiven Migrationspolitik sein. Es herrscht ein grundlegendes Ungleichgewicht auf der Welt, das angegangen werden muss. Der wohlhabende Norden baut seinen Wohlstand auf den Schultern des globalen Südens. Deutschland und die EU produzieren diese Ungleichheit durch Waffenexporte, Ausbeutung, Kriegsführung und destabilisieren so willentlich große Regionen auf der Welt. Um diese Schiefelage aufrecht zu erhalten und sorgenlos im globalen Norden leben zu können, ist es notwendig, dass soziale Kriege und Krisen von der Insel des Wohlstandes ferngehalten werden und in der Peripherie bleiben. Durch die Kontrolle und das weitgehende Verhindern von Migration wird der privilegierte Lebensstandard einiger weniger aufrechterhalten. Migrationsmanagement dient dazu, Menschen zu filtern, sie je nach ökonomischer Verwertbarkeit mit abgestuften Rechten zu versehen und ihnen eine beschränkte

Solidarity City

Während auf der Bundesebene und in den Medien darüber gestritten wird, wie Abschiebungen effizienter werden können, gründen sich in vielen deutschen und europäischen Städten Bündnisse mit dem Namen Solidarity City, um von unten eine andere Perspektive aufzuzeigen. Sanctuary Cities bestehen in den USA und Kanada schon seit den 1980er Jahren. Sie definieren sich dadurch, dass die Stadtregierung die Polizei unterweist, keinen Menschen in Bezug auf den Aufenthaltsstatus zu kontrollieren. Dadurch entsteht ein faktisches Bleiberecht in der Stadt. Das ist auch Basis der Forderung nach einer Solidarity City und Voraussetzung dafür, solidarische Orte und Strukturen einer "Stadt für Alle" von unten zu entwickeln – für ein Miteinander, bei dem Menschen unabhängig von Status und finanziellen Kapazitäten wohnen, arbeiten und leben können.

In Deutschland gibt es in mehreren Städten Bestrebungen, dieses Konzept auf die hiesigen Bedingungen zu übertragen. Es gilt die lokalen Spielräume und Möglichkeiten in den Städten auszuhandeln und auszureizen.



Teilhabe an unserer Gesellschaft zu gewähren. Die, die der Wirtschaft nützlich sind, dürfen dann dabei helfen, den hiesigen Wohlstand und auf Ausbeutung beruhenden Schiefelage im Vergleich zu anderen Weltgegenden weiter auszubauen.

Führen wir uns vor Augen, wie viel Energie und Ressourcen derzeit darauf verwendet werden, Menschen davon abzuhalten, sich über den Globus zu bewegen. Milliarden werden dafür ver(sch)wendet Migration zu stoppen und zu kontrollieren. Stellen wir uns vor, all das würde dazu verwendet, Macht- und Geldgefälle auf der Welt auszugleichen und überall ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, damit alle frei wählen können, wo sie leben möchten. Es braucht Wohnraum und eine sichere Lebensgrundlage für Alle – und zwar weder daran gekoppelt, woher ein Mensch kommt, noch daran, wie groß der vermeintliche wirtschaftliche Nutzen der Person für die Gesellschaft ist. Eine liberalere und menschenwürdigere Migrationspolitik ist zwar akut notwendig, darf aber höchstens die zweite Stufe einer langen Leiter sein, an deren Ende nicht weniger stehen darf, als die globale Bewegungsfreiheit für Alle!

Das gute Leben für Alle gilt es an allen Orten der Welt von unten aus aufzubauen, sich zu vernetzen und gemeinsam an einer neuen und besseren Welt zu basteln. Es gilt, eine solidarische Gesellschaft aufzubauen, welche allen Menschen Sicherheit und die selben sozialen und politischen Rechte garantiert. Das Gegenmodell einer solidarischen Weltgesellschaft in der Alle globale Bewegungsfreiheit und ein gutes Leben genießen muss her - packen wir es an!

Bürger*innenasyl

Das Bürger*innenasyl soll einen zivilgesellschaftlichen Schutzraum vor Abschiebungen schaffen, sowohl auf politisch-öffentlicher Ebene als auch konkret bei drohender Abschiebung. Die Initiativen sehen ihr Engagement als Erweiterung und Unterstützung des Kirchenasyls und wollen von Abschiebung bedrohten Menschen Unterschlupf in den eigenen 4 Wänden gewähren. Das Bürger*innenasyl kann als Teilkonzeptes der Sozialen Stadt oder Solidarity City gefasst werden. Mittlerweile haben sich in vielen Städten in Deutschland unter anderem in Göttingen, Nürnberg-Fürth und Hanau Initiativen gegründet.



Abschiebeblockade in Göttingen im Mai 2018.
Links Unten Göttingen

Eine bundesweite Wanderausstellung

Worum geht es?

Nach und nach rücken der Sommer 2015, der „March of Hope“ von Budapest nach Österreich und die „Willkommen!“ rufenden Menschen an deutschen Bahnhöfen immer weiter in die Ferne. Während 2015 die geöffneten Grenzen die Stimmung elektrisiert haben, ist die heutige Debatte zum Thema Flucht immer öfter dominiert von Diskussionen über Grenzsicherung, Terror und rassistischen Perspektiven.

Dem entgegen soll mit dieser Ausstellung der „langer Sommer der Migration“ 2015 und die Öffnung eines Korridors durch Süd-Osteuropa als relevantes politisches und historisches Ereignis festgehalten und gut aufgearbeitet einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden.

Die Ausstellung rückt Geflüchtete als Hauptakteur_innen wieder in den Vordergrund und zeigt mit zahlreichen Audio-, Foto- und Videoaufnahmen sowie Kunstwerken ihre Sichtweisen auf Migration und Europa.

Wer spricht?

Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen die Perspektiven von Geflüchteten. Die präsentierten Audio-, Video- und Fotoaufnahmen wurden während zahlreicher Gespräche und Interviews in Nordgriechenland, Serbien oder in Deutschland aufgenommen.

Entstanden sind die Materialien während Fahrten auf die sogenannte Balkanroute, bei denen die Macher_innen der Ausstellung auf unterschiedliche Weise Geflüchtete solidarisch unterstützt haben. Während der Gespräche auf der Route wurde deutlich, dass die Stimmen von Refugees in Deutschland mehr Gehör finden müssen.

In der Ausstellung kommen Künstler_innen mit Fluchterfahrung durch ihre eigenen Werke zu Wort.

Die Ausstellung ist in einer Zusammenarbeit von mehreren Personen entstanden, die auf der Route Geflüchtete unterstützt haben und in politischen, kritisch-akademischen und künstlerischen Kontexten engagiert sind.

Die Ausstellung ist in deutscher Sprache. Audio-, Gedicht und Videobeiträge sind im Original mit Untertitel und Übersetzung.

Termine

10.11.2017 bis 24.11.2017
Göttingen

20.06.2018 – 04.07.2018
Görlitz

es folgen weitere Termine in:
Gießen
Hannover
Münster
Dresden
Berlin
Bruchköbel

12.12.2017 bis 20.12.2017
Witzenhausen

16.08.2018 bis 26.08.2018
Potsdam

22.01.2018 bis 07.02.2018
Osnabrück

29.08.2018 bis 26.09.2018
Frankfurt a.M.

12.02.2018 bis 25.02.2018
Müncheberg

28.09. 2018 bis 13.10.2018
Obertshausen

y!? in deiner Stadt?
yallah-balkanroute.eu

24.03.2018 bis 22.04.2018
Wien

15.10.2018 bis 24.10.2018
Einbeck

11.05.2018 bis 13.05.2018
Göttingen

26.10.2018 bis 24.11.2018
Halle/Saale

Impressum

Text und Layout:

yallah!? über die Balkanroute
yallah-balkanroute.eu

Künstler_innen:

Tarek Alfelou
Mayada Alkayal
Watheq Khazaal
Iman Shabaan

Bildquellen:

Initiative Familienleben für alle
Initiative Seebücke
Links Unten Göttingen (CC BY-SA 2.0)
Netzwerk Break Isolation
Solidarity City
Stop Deportation vom O-Platz
WatchTheMed Alarmphone
We'll come united
Titelbild: Adolfo Lujan (CC BY-NC-ND 2.0)



In Kooperation mit der
Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds.